Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode 11.12.2023

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheitsund Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 1. und 2. Oktober 2023, Madrid, Spanien

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2	Einführung	2
3	Ablauf der Tagung	2
4	Eröffnungssitzung	2
5	Prioritäten der GASP/GSVP und aktuelle Herausforderungen im Rahmen des 30-jährigen Bestehens der GASP/GSVP	3
6	Bedrohungen durch Russland: Einmarsch in die Ukraine und globale Folgen	3
7	Neueste Entwicklungen im Bereich der GASP/GSVP	3
8	Europäische Verteidigung und Herausforderungen für die GSVP	3

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 23. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter Dr. Marcus Faber (Delegationsleiter, FDP) und

Abgeordneter Dr. Rainer Rothfuß (AfD).

2 Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

3 Ablauf der Tagung

Die 23. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des spanischen Parlaments (spanische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2023) am 1. und 2. Oktober 2023 in Madrid statt. An der Konferenz nahmen 112 Delegierte aus 25 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 19 Delegierte aus Partnerländern (Georgien, Island, Norwegen, Türkei, Ukraine und Vereinigtes Königreich) und Serbien teil. Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und vier thematische Sitzungsblöcke unterteilt. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, nahm am zeitgleich stattfindenden Außenministertreffen in Kiew teil und ließ sich entschuldigen. Es wurde von den Konferenzteilnehmern kritisiert, dass der Hohe Vertreter zum wiederholten Mal nicht zur Verfügung stand.

Aufgrund des andauernden Krieges in der Ukraine lag ein Fokus der Debatten auf diesem Thema. Alle Mitgliedstaaten zeigten sich weiterhin geschlossen in ihrer Solidarität gegenüber der Ukraine und der Verurteilung des ungerechtfertigten Angriffskrieges der Russischen Föderation. Neben Forderungen nach verstärkten Waffenlieferungen an die Ukraine wurde besonders auch die Notwendigkeit der Unterbindung der Sanktionsumgehungen durch die Russische Föderation angesprochen. Darüber hinaus wurde über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der GASP und der GSVP debattiert sowie die Beziehungen zu China kritisch beleuchtet. Die nächste IPC GASP/GSVP wird voraussichtlich vom 3. bis 5. März 2024 in Brügge, Belgien, auf Einladung des belgischen Parlaments stattfinden.

4 Eröffnungssitzung

In ihrer Eröffnungsrede betonte die Präsidentin des spanischen Kongresses, Francina Armengol Socias, dass man sich angesichts der Vielzahl der Herausforderungen an einem entscheidenden Zeitpunkt für die Entwicklung und Konsolidierung der Demokratie in der ganzen Welt befinde. Sie plädierte für den Aufbau einer europäischen Verteidigungsunion, damit Europa autonom auf Krisen reagieren könne. Um die gegenwärtigen Krisen zu meistern, warb sie unter anderem für einen Ausbau der Partnerschaft mit Lateinamerika und für die Förderung des Multilateralismus. Željana Zovko, stellvertretende Vorsitzende im Auswärtigen Ausschuss des EP, unterstrich in ihren Worten die Solidarität mit der Ukraine und die Notwendigkeit, die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen. Sie warb für die Einrichtung eines Sondertribunals, um die russischen Aggressoren zur Verantwortung zu ziehen. Man befinde sich an einem Wendepunkt, der es notwendig mache, die Prioritäten neu zu setzen und die GASP sowie die GSVP effektiver zu gestalten.

5 Prioritäten der GASP/GSVP und aktuelle Herausforderungen im Rahmen des 30-jährigen Bestehens der GASP/GSVP

Die stellvertretende politische Direktorin des EAD **Delphine Pronk** sprach über die derzeitigen Herausforderungen der GASP und beleuchtete die aktuellen Politikbereiche. Neben der Ukraine standen der Schutz der multilateralen Ordnung, die Entwicklung der EU sowie die Beziehungen zu China im Zentrum ihrer Ausführungen. Derzeit erlebe man ein Paradoxon: der Multilateralismus sei im Rückzug und gleichzeitig beobachte man eine neue Blockbildung. Die Beziehungen zu den Staaten Lateinamerikas und der Indo-Pazifik-Region sollten ausgebaut werden, um sich auch im Bereich Sicherheit als Partner zu etablieren, konstatierte Delphine Pronk. **José Manuel Albares Bueno**, amtierender Außenminister Spaniens, warb in einer Videobotschaft für eine Konsolidierung der Strukturen der EU, um als starker globaler Akteur wahrgenommen zu werden und sprach sich für eine Erweiterung der EU auf dem Balkan und nach Osten aus. In der Diskussion warb Delegierter **Michael Gahler**, MdEP, für zusätzliche Waffenlieferungen an die Ukraine und forderte Deutschland auf, weitere Leopard-II-Panzer und Taurus-Marschflugkörper bereitzustellen.

6 Bedrohungen durch Russland: Einmarsch in die Ukraine und globale Folgen

Luc Devigne, Direktor für Osteuropa, Russland und Zentralasien beim EAD, berichtete über die politischen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sowie über die Antworten der EU und der Weltgemeinschaft. Er sprach sich dafür aus, das russische Narrativ einer westlichen Aggression gegen Russland zu bekämpfen und die Ukraine bis zu ihrem Sieg mit allem Notwendigen zu unterstützen. Russland müsse für seine Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Delegationsleiter **Dr. Marcus Faber** mahnte in der Debatte eine stärkere Unterstützung der Ukraine mit Waffenlieferungen, besonders auch aus den Mitgliedsstaaten an, die bisher noch keine Waffen geliefert hätten. Besonders Luftverteidigungssysteme würden derzeit gebraucht, um Menschenleben zu retten. Abgeordneter **Dr. Rainer Rothfuß** forderte verstärkte diplomatische Bemühungen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Delegierter **Rihals Kols**, Litauen, lobte die deutsche Position bei den Waffenlieferungen an die Ukraine und warb für weitere Unterstützung. Darüber hinaus schlug er vor, die eingefrorenen russischen Vermögen zu besteuern, um damit weitere Waffenlieferungen zu finanzieren.

7 Neueste Entwicklungen im Bereich der GASP/GSVP

In diesem Sitzungsabschnitt sprach sich Cristina Duarte, Sondergesandte der UN für Afrika, dafür aus, die Entwicklung der afrikanischen Länder durch die Stärkung der staatlichen Institutionen voranzubringen, um das Vertrauen der Bevölkerungen in ihre Regierungen zu stärken. Auch Belén Martínez Carbonell, Direktorin für die globale Agenda und multilaterale Beziehungen beim EAD, sprach sich für eine Stärkung der Regierungsführungen der Partnerländer in Afrika aus. Auf diese Weise sollen die Millenniumsziele besser erreicht und die geopolitische Bedeutung der EU gesteigert werden. Die EU habe sich bei der letzten Vollversammlung der Vereinten Nationen erfolgreich präsentiert. In vielen bilateralen Gesprächen sei unter anderem versucht worden, die Rohstoffversorgung der EU weltweit abzusichern und die EU als Motor für eine weltweite grüne Energiewende zu positionieren. Die VN bedürften dringend einer Reform, um weiter handlungsfähig zu sein, konstatierte sie abschließend.

8 Europäische Verteidigung und Herausforderungen für die GSVP

Im vierten Sitzungsabschnitt wurde hauptsächlich die geopolitische Rolle der EU in der Welt beleuchtet und dabei debattiert, wie diese weiter ausgebaut und verbessert werden könne. Russland belege mit dem Krieg in der Ukraine, wie es den Status der Dominanz über die ehemaligen Sowjetrepubliken aufrecht zu erhalten versuche, analysierte Admiral **Teodoro López Calderón**, Chef des Verteidigungsstabes im spanischen Verteidigungsministerium. In Afrika sei Russland häufig Sicherheitsgeber ohne Beachtung der Menschenrechte. Damit die EU in Afrika bevorzugter Sicherheitsgeber werde, müsse sie ihr militärisches Potential stärker entwickeln. Ebenso forderte der Admiral eine verbesserte zivil-militärische Koordination in der EU.

Der Sprecher des spanischen Senates, **Pedro Rollán Ojeda**, bemerkte in seinen Schlussworten, dass ein politischer und gesellschaftlicher Konsens in Europa als Grundlage für eine erfolgreiche GSVP und eine funktionierende parlamentarische Kontrolle, besonders im Licht der komplexer werdenden Entscheidungsfindungen, essentiell sei.

Berlin, den 30. November 2023

Dr. Marcus Faber Delegationsleiter